

Kapitel 1

Interview mit Harald Hartung zu Jugend und Gesundheit

Direktor im Bereich Jugendpolitik und -programme, Europäische Kommission

F 1: Wenn man die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklungen auf unserem Kontinent berücksichtigt, wie „gesund“ (in Bezug auf Lebensbedingungen, Wohlbefinden, Chancen etc.) ist Ihrer Meinung nach die Situation junger Menschen gegenwärtig und in naher Zukunft im heutigen Europa?

Die Krise betrifft viele Aspekte im Leben der derzeitigen Generation junger Menschen – Bildung, Arbeit, soziale und zivilgesellschaftliche Beteiligung oder Gesundheit. Dennoch sind die rund 90 Millionen Jugendlichen in der EU eine heterogene Gruppe. Es gibt junge Menschen mit einem relativ leichten Zugang zu den Angeboten, aber die Schere zwischen diesen und benachteiligten Gruppen wird größer. Oft sind Nachteile nicht gleichmäßig verteilt: Einige Gruppen von Jugendlichen scheinen besonders benachteiligt zu sein. Zu häufig reproduziert Bildung bestehende sozioökonomische Muster und junge Menschen aus benachteiligten Verhältnissen haben ein höheres Risiko, vom ‚NEET‘-Status (weder in Ausbildung, Beschäftigung noch in Training) betroffen zu sein. Arbeitslosigkeit, Verarmung oder schlechte Wohnsituationen können ebenfalls zu Problemen der seelischen Gesundheit wie Depression, Drogenmissbrauch oder Selbstmord führen.

Die Situation junger Menschen, die auf der falschen Seite stehen, ist alarmierend. Wenn wir nicht in das menschliche und soziale Potenzial aller Jugendlichen investieren, behindert dies zukünftiges wirtschaftliches Wachstum. Arbeitsplätze sind wichtig, aber nicht die alleinige Antwort, um die Integration junger Menschen und ihr Zugehörigkeitsgefühl zu den Gemeinschaften, in denen sie leben, zu gewährleisten. Jugendliche, die sich aus irgendeinem Grund übergangen, ausgeschlossen oder ausgegrenzt fühlen, können einen antisozialen Lebensstil entwickeln, und negative Einstellungen können in Feindseligkeit umschlagen. Wir beobachten eine wachsende Anziehungskraft radikaler oder antidemokratischer Denkweisen. Die Terroranschläge von Paris und Kopenhagen haben gezeigt, was passieren kann, wenn diese Ideen extreme Ausmaße annehmen.

F2: Wie sieht aus jugendpolitischer Sicht eine ‚gesunde‘ Reaktion aus, die zu Autonomie und Selbstbestimmung (Empowerment), sozialer Eingliederung, Teilhabe und zum Wohlbefinden junger Menschen beiträgt?

Junge Menschen sind Europas wichtigstes Gut für die Zukunft und verdienen unsere Unterstützung. Arbeitsplätze, soziale Eingliederung, Teilhabe, Gesundheit und Wohlbefinden dienen als Kommunikationsvehikel, so dass wir die Situation der Jugendlichen allumfassend ansprechen müssen. Aus unserem Verständnis der Interaktion zwischen diesen Faktoren heraus müssen wir den Teufelskreis durchbrechen und in eine Erfolgsspirale umwandeln. Dazu bedarf es kohärenter politischer Antworten, die bereichsübergreifend entwickelt wurden, und einer Bündelung unserer Ressourcen.

‚Gesunde‘ Antworten sollten sich darauf konzentrieren, junge Menschen auszubilden und widerstandsfähig zu machen, so dass sie mit nachteiligen Erfahrungen und widrigen Herausforderungen umgehen können. Wir sollten auch sicherstellen, dass ihre Belange durch die Entscheidungsträger wahrgenommen werden und dass junge Menschen eine Chance erhalten, ihren eigenen Beitrag zur Zivilgesellschaft zu leisten.

Dies ist eine Aufgabe für alle, die mit Jugendlichen, Schulen, Jugendbetreuern, Gesundheitsexperten, kulturellen Einrichtungen, Sportvereinen usw. zu tun haben, diese unterstützen und Entscheidungen diesbezüglich treffen. Diese Organisationen sollten zusammenarbeiten, damit ihre Aktivitäten aufeinander abgestimmt sind und die Interessen junger Menschen vollumfänglich abdecken. Der Leitgedanke, der die Interessen junger Menschen in ihrer Gesamtheit berücksichtigen soll, zieht sich durch die EU-Jugendstrategie, die für die Kooperation zwischen der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten im Jugendbereich maßgeblich ist.

Bereichsübergreifende Kooperation sollte ab lokaler Ebene bis hin zu internationalen Foren erfolgen. Auf lokaler Ebene kann dies beispielsweise durch zentrale Anlaufstellen für junge Menschen erfolgen, an denen sie von interdisziplinären Teams beraten werden, wie in Frankreich und Belgien oder wie in den Houses for Teens in Dänemark und den Headspace-Zentren in Irland. Auf EU-Ebene können wir Knowhow und Erfahrung zusammenbringen, um nationale, regionale und lokale Maßnahmen zu unterstützen.

F3: Wie sehen diesbezüglich konkret die Prioritäten und Maßnahmen Ihrer Institution aus?

Da Jugendpolitik in erster Linie eine nationale Kompetenz ist, koordiniert und ergänzt die Europäische Kommission die Bemühungen der Mitgliedstaaten durch das Sammeln von Vergleichsdaten und Good-Practice-Beispielen. Im Sinne einer durchgängigen Berücksichtigung der Belange von Jugendlichen unterstützt die EU-Jugendpolitik unter anderem, dass Jugendthemen in EU-Politikbereiche wie Beschäftigung oder Gesundheit einbezogen werden.

Beispielsweise fordert die Empfehlung des Rates zur Einführung einer Jugendgarantie die Mitgliedstaaten auf, jungen Menschen innerhalb eines Zeitraums von vier Monaten, nachdem sie die Schule verlassen oder arbeitslos werden, eine

Arbeitsstelle, einen Ausbildungs- oder Praktikumsplatz oder eine Weiterbildungsmaßnahme anzubieten.

Die EU-Gesundheitspolitik widmet den Ernährungs- und Bewegungsgewohnheiten, dem Alkohol-, Zigaretten- und Drogenkonsum oder der sexuellen Gesundheit von Jugendlichen besondere Aufmerksamkeit. Im Rahmen der EU-Strategie für mit Ernährung, Übergewicht und Adipositas zusammenhängenden Gesundheitsfragen [Strategy for Europe on Nutrition, Overweight and Obesity related health issues, 2007] bezieht sich ein Aktionsplan auf die Fettleibigkeit im Kindesalter. Innerhalb der EU-Strategie zur Verminderung alkoholbedingter Schäden wird ein Aktionsplan zum jugendlichen Alkoholkonsum und Koma-Trinken entwickelt.

F4: Wie könnte Jugendarbeit Ihrer Ansicht nach zu mehr ‚gesunden‘ Perspektiven für Jugendliche beitragen? Wie sehen Sie die Rolle der Jugendarbeit und ihre Grenzen?

Welche unterstützende Rolle die Jugendarbeit bei der persönlichen und sozialen Entwicklung spielt, ist in einer EU-Studie über den Wert der Jugendarbeit bestätigt worden. Die Studie zeigte, dass Jugendarbeit Empowerment, Emanzipation, Toleranz und Verantwortung bei jungen Menschen stärkt, und somit gleichzeitig die Teilhabe in einer demokratischen Gesellschaft, Prävention von risikoreichen Verhaltensweisen sowie soziale Eingliederung und Zusammenhalt fördert.

Durch die Auswirkungen der Krise ist der Bedarf an Jugendarbeit in den vergangenen Jahren gestiegen, genauso wie der Druck auf die Jugendarbeit. Die Herausforderungen für junge Menschen haben sich selbstverständlich geändert, aber gleichzeitig ändert sich die Art der Herausforderungen. Beispielsweise bedingt die Allgegenwart des Internets und der sozialen Medien im Leben der Jugendlichen eine höhere Medien- und Digitalkompetenz und wirkt sich darauf aus, wie Jugendarbeit gestaltet wird. Darüber hinaus müssen Jugendarbeiter angesichts der zunehmenden Komplexität und Verflechtung der Herausforderungen junger Menschen immer offener für Partnerschaften und Kooperation mit anderen Anbietern von Unterstützungsleistungen sein. Durch den steigenden Bedarf an Querschnittskompetenzen oder den sogenannten Kompetenzen des 21. Jahrhunderts [21st Century Skills] beispielsweise wird es immer wichtiger, dass man die Ergebnisse der Jugendarbeit anerkennt. Eine solche Kooperation sollte idealerweise so gestaltet sein, dass sich die Jugendarbeit ihre Identität und ihren besonderen Beitrag zum Leben der Jugendlichen bewahren kann, und dies kann manchmal eine herausfordernde Aufgabe sein. Nicht zuletzt sind seit der Krise die Budgets in vielen Bereichen gekürzt worden, und das macht eine nachhaltige Finanzierung schwierig.

Die Anpassung an neue Gegebenheiten ist in diesem Kontext eine Herausforderung, aber nicht unmöglich. Überlegungen und Empfehlungen zur Bewältigung derartiger Herausforderungen und zur Zukunft der Jugendarbeit wurden in der Erklärung auf der zweiten *European Youth Work Convention*, die im April 2015 unter belgischer Präsidentschaft im Europarat veranstaltet wurde, zusammengefasst.

Im Mai 2015 verabschiedete der EU-Rat der Jugendminister Schlussfolgerungen zur Stärkung der Jugendarbeit und unterstrich dabei seinen Beitrag zur persönlichen Entwicklung, sozialen Eingliederung, kulturellen Vielfalt und aktiven Bürger-

schaft. Der Rat kündigte die Erstellung eines Instruments an, das den nationalen, in der Jugendarbeit tätigen Organisationen als Referenzwerk und Leitlinie in puncto Qualität dienen und Transparenz und Qualität für junge Menschen sicherstellen soll.